

Volltext  Zeitraum  von  bis

Quellen	Merkliste
<input checked="" type="checkbox"/>	Lexikon
<input checked="" type="checkbox"/>	Wikipedia
<input checked="" type="checkbox"/>	SPIEGEL
<input checked="" type="checkbox"/>	manager magazin
<input checked="" type="checkbox"/>	Statista
<a href="#">Alle Quellen anzeigen</a>	

[Druckversion](#)

DER SPIEGEL 17/2001 vom 23.04.2001, Seite 54

Autor: Steffen Winter

AFFÄREN

## Millionen verjuxt?

**Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hat Pech bei der Auswahl ihres Personals. Ihr neuer Staatssekretär ist bei Millionengeschäften unter Filzverdacht geraten.**

Die Sozialdemokratin war des Lobes voll. "Hohe Fachkompetenz" und "reichhaltige Erfahrungen" zeichneten den Mann aus, versicherte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, nachdem das Kabinett die Ernennung ihres Parteifreundes Klaus Theo Schröder, 53, zum beamteten Staatssekretär beschlossen hatte.

Nach nur drei Monaten im Amt wird der Genosse mit der großartigen Vita, den SPD-Generalsekretär Franz Müntefering persönlich ins Amt lotste, nun freilich zum Problem für seine neue Chefin. Denn die reichhaltigen Erfahrungen des Genossen rücken ihn inzwischen in unvorteilhaftes Licht. Beim Millionengeschäft einer Klinik-Privatisierung in der Hauptstadt zeigte er arge Nähe zu einem privaten Investor. Und im thüringischen Erfurt interessiert sich ein Untersuchungsausschuss für zweifelhafte Geschäfte in Schröders Beritt. Der Ausschuss soll klären, ob bei der Privatisierung einer Landesgesellschaft Fördermittel in Millionenhöhe versickert sind - und welche Rolle Schröder, damals Gesundheits-Staatssekretär in Erfurt, dabei spielte.

Im Jahr 1997 hatte die Thüringer Landesregierung den Entschluss gefasst, der Marktwirtschaft mehr Raum zu geben. Sie wollte sich vom so genannten Geschäftsbereich sozialverträgliche Arbeitnehmerüberlassung der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen (GfAW) trennen. Das Geschäft mit den Leiharbeitern sollte an den meistbietenden Privatmann gehen.

Helmut Meyer aus dem thüringischen Salomonsborn kaufte daraufhin die Hülle einer Elektronik-Handelsgesellschaft, taufte sie um in Gesellschaft für Arbeitnehmerüberlassung Thüringen (GeAT) und bewarb sich um das staatliche Zeitarbeitsunternehmen.

Meyer hatte den Vorteil, Insider zu sein. Schließlich war er im Hauptberuf Abteilungsleiter der GfAW - und als solcher zuständig für den Verkauf der Zeitarbeitsfirma, um deren Kauf er sich bewarb. Verantwortlich für die Privatisierung war Klaus Theo Schröder, seinerzeit GfAW-Aufsichtsratschef und Staatssekretär. Der Genosse ließ zu, dass sich sein Kollege Meyer die staatliche Leihfirma ohne Ausschreibung für weniger als 1,8 Millionen Mark selbst verkaufte. "Meyer erklärte, er kenne das Geschäft und habe die



**ARTIKEL ALS PDF ANSEHEN**

**Dossiers**

- Ramelow, Bodo
- Schmidt, Ulla [SPD]
- Schröder, Klaus Theo [Staatssekretär]
- Smigielski, Edwin
- Politiker als Täter
- Parlamentsausschüsse (Thüringen)
- Korruption (Thüringen)
- Staatssekretäre

nötigen Kontakte", rechtfertigt sich Schröder. So wurde es für den Neuunternehmer ein wunderbarer Deal.

Denn gleich nach Gründung erhielt Meyers Firma vom Land 3 Millionen Mark Liquiditätshilfe, wovon nur 1,4 Millionen zurückgezahlt wurden. Kurz vor der Privatisierung hatte der Freistaat zudem 665 000 Mark "zum Ausgleich entstandener Defizite" in das Projekt geschossen.

So ging es munter weiter: Als Ausgleich für "betriebswirtschaftliche Risiken" im Geschäft mit den Leiharbeitern stellte der Freistaat Meyer weitere 6,2 Millionen Mark in Aussicht. Bis Ende 2000 wurden 3,3 Millionen davon ausgezahlt.

Dabei floriert die derart massiv subventionierte Meyer-Firma. Mehr als 2200 Firmen zählen derzeit zum Kundenstamm. Der Umsatz lag im Jahr 2000 bei 20 Millionen Mark. "Mit Meyer wurde der Bock zum Gärtner gemacht", schäumt Bodo Ramelow, PDS-Mitglied im Untersuchungsausschuss. Neun Millionen Mark Fördermittel des Landes wurden nach seinen Berechnungen bei dem Deal "verjuxt".

Dass ausgerechnet Meyer unter der Ägide von Aufsichtsrat Schröder den Zuschlag für den Kauf erhielt, verwundert Kenner der Materie. Schließlich lag dem Staatssekretär im Kontrollgremium bereits im Juli 1997 ein Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wollert-Elmendorff vor, in dem Meyer gleich sechs schwer wiegende "Verstöße gegen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung" bescheinigt wurden. Als Chef einer anderen Landesgesellschaft wurden Meyer etwa Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Reisekosten vorgeworfen, er habe zudem den Griff eines Mitarbeiters in die Kasse durch unzureichende Kontrollen begünstigt und die Innenrevision in der Firma nicht eingesetzt.

Vorwürfe, die Meyer rundweg bestreitet: "Es gab keine Verstöße", tönt der Unternehmer dem vorliegenden Prüfbericht zum Trotz. Dass die neun Millionen Mark Fördermittel versickert seien, weist Meyer ebenfalls weit von sich: "Es diene alles einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik."

Die durch Meyer und Schröder nun deutlich ärmere Landesregierung hüllt sich einstweilen in tiefes Schweigen. Wegen des Untersuchungsausschusses sei "ein Großteil der Akten unter Geheimnisschutz gestellt" worden, so das Wirtschaftsministerium. Bevor ein Abschlussbericht des Gremiums vorliege, sei "eine Auskunft in dieser Angelegenheit nicht möglich".

In wenigen Wochen muss Staatssekretär Schröder damit rechnen, im Ausschuss zu dem Deal vernommen zu werden. Und auch in der Hauptstadt droht ihm demnächst Ungemach: Nach seinem fünfjährigen Gastspiel in Thüringen war --- S.55 der Sozialexperte nach Berlin gewechselt, um Gesundheitsministerin Gabriele Schöttler (SPD) als Staatssekretär zu dienen. Schröder sollte vor allem die Umgestaltung der defizitären Krankenhäuser der Hauptstadt voranbringen. So ging er an die Privatisierung des Großklinikums Buch mit über 1000 Betten. Auf der anderen Seite des Verhandlungstisches saßen Geschäftsleute der Rhön-Klinikum AG aus Bad Neustadt und der Spree-Kliniken, die sich beide um das Millionenobjekt bewerben.

Noch vor Abschluss der Verhandlungen sickerte durch, dass den Staatssekretär Abwanderungsgedanken umtrieben; wenig später wurde es offiziell: Schröder gab bekannt, er wechsle in den Vorstand der Rhön-Klinik - also zu einem der Bewerber, mit deren Angeboten seine Behörde befasst war. Die Berliner Grünen witterten "Filz", Senatorin Schöttler beeilte sich zu betonen, Schröder sei am Ausschreibungsverfahren für Buch nicht mehr beteiligt gewesen. "Ich habe nur den abstrakten Ausschreibungstext begleitet", versichert der Beamte.

Daran hat die Konkurrenz der Rhön-Klinik freilich Zweifel. "Merkwürdig ist, dass unser Erstangebot bei der zweiten Ausschreibung offenbar anderen Bewerbern bekannt war", sagt Ulrich Bosch, Geschäftsführer der an der Spree-Klinik beteiligten Münchner Sana Kliniken GmbH. Dass die Daten weitergegeben wurden, sei grundsätzlich nicht auszuschließen, meint Schröder, trotzdem schwer vorstellbar.

Die Entscheidung über den Klinikverkauf steht in den nächsten Tagen an. Erhält Rhön den Zuschlag, haben die Spree-Kliniken wegen der filzverdächtigen Personalie Schröder schon mal Klage angedroht.

Sogar in seinem neuen Job im Bundesgesundheitsministerium, den er vier Wochen nach seinem Rhön-Engagement annahm, ist der so flexible Beamte schon durch unschöne Praktiken aufgefallen. Die beiden wichtigsten Abteilungsleiter des Hauses schickte Schröder nach seinem Amtsantritt umgehend ins Retiro. Prompt staute sich die Arbeit im Haus, Staatssekretär und Ministerin mussten sich vor dem Haushaltsausschuss des Bundestags rechtfertigen, weil der Rauswurf der beiden Abteilungsleiter den Steuerzahler etwa 700 000 Mark kosten wird.

Zudem wurde ein neuer Abteilungsleiter berufen und mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattet: Der bisherige Pharma-Lobbyist Edwin Smigielski hat beste Beziehungen zu Schröder - die Genossen kennen sich seit gemeinsamen Studientagen an der Universität Duisburg. STEFFEN WINTER

#### DER SPIEGEL 17/2001

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

Dieser Artikel ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt. Sie dürfen diesen Artikel jedoch gerne verlinken.

Unter <http://corporate.spiegel.de> finden Sie Angebote für die Nutzung von SPIEGEL-Content zur Informationsversorgung von Firmen, Organisationen, Bibliotheken und Journalisten.

Unter <http://www.spiegelgruppe-nachdrucke.de> können Sie einzelne Artikel für Nachdruck bzw. digitale Publikation lizenzieren.



Bookmarken bei: [webnews](#) [Yigg](#) [folkd](#) [Linkarena](#) [Del.icio.us](#)

---

**SPIEGEL ONLINE** |

[AGB](#) | [Hilfe](#) | [Index](#) | [Impressum](#)

Version 1.7.0.5 (DB: dokn)